

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

16. WP - 42. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. April 2008, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Astrid Höfs (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

Hans Müller (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

i. V. für Susanne Herold

i. V. für Anna Schlosser-Keichel

### **Weitere Abgeordnete**

Anette Langner (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Niclas Herbst (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Ergebnisse der Evaluierung des ECMI</b>	<b>4</b>
<b>2. Kompetenzanalyse – die ersten Schritte</b>	<b>7</b>
- Initiativen des DialogForumNorden	
- Präsentation der Kompetenzanalyse in Berlin	
- Präsentation der Kompetenzanalyse in Sønderborg	
<b>3. Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein – Sprachenchartabericht 2007</b>	<b>10</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1400	
<b>4. Minderheiten und Volksgruppenpolitik in der 16. Legislaturperiode (2005 – 2010) – Minderheitenbericht 2007</b>	<b>11</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1730	
<b>5. Parlamentsforum Südliche Ostsee – Stand der Vorbereitungen</b>	<b>12</b>
Berichterstatter: Bodo Bahr, stellv. Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern	
<b>6. Terminplanung für das zweite Halbjahr 2008</b>	<b>14</b>
<b>7. Verschiedenes</b>	<b>15</b>

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Ergebnisse der Evaluierung des ECMI**

Berichterstatter: Dr. Marc Weller, Direktor des European Centre for Minority Issues

Herr Dr. Weller, der Direktor des European Centre for Minority Issues (ECMI), erläutert, das ECMI sei seit seiner Gründung vor elf Jahren zweimal evaluiert worden. Der jetzige Evaluierungsbericht lobe das ECMI sehr, unter anderem die gute praxisorientierte Arbeit und das Konfliktmanagement.

Die Schwerpunkte des ECMI lägen in der Konflikttransformation und in der Förderung der politischen Teilhabe von Minderheiten. Ein neuer Schwerpunkt liege auf der wirtschaftlichen Beteiligung von Minderheiten. Ethnische Konflikte würden oft dadurch ausgelöst, dass einige Minderheitengruppen strukturell von der wirtschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen seien. Zu diesem Thema werde ein größeres Programm entwickelt. Zukünftig sollten auch für die Themen Sprache und Kultur Forschungskompetenz entwickelt werden.

Das ECMI leiste viel Forschung und publiziere zu verschiedenen Themen. Wissenschaftlich liege der Schwerpunkt aber auf der Arbeit vor Ort. Zum Beispiel sei man im Kosovo und in Georgien sehr aktiv. Dabei werde das ECMI besonders wegen seiner Objektivität als Kooperationspartner geschätzt. Man stehe sowohl den Regierungen als auch den Minderheiten beratend zur Seite.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des ECMI liege in der Dokumentation. In diesem Bereich seien ebenfalls verschiedene Publikationen erschienen.

Ein auch in der Kompetenzanalyse erwähnter Ansatz bestehe in der Zusammenarbeit mit Hochschuleinrichtungen. In diesem Bereich habe man versucht, einen gemeinsamen Masterstudiengang mit der Universität Flensburg einzurichten. Dies sei jedoch gescheitert, obwohl man vonseiten des ECM viel Zeit investiert habe. Die Initiative sei jedoch nicht so angenommen worden, weil man in Flensburg fürchtete, dass die Priorisierung der Lehrerausbildung darunter leiden könne. Man habe aber vor kurzem einen Kooperationsvertrag mit der Univer-

sität Flensburg abgeschlossen, und es stehe ein weiterer Kooperationsvertrag mit der Sydansk Universität in Aussicht. Man wolle jetzt verstärkt versuchen, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen, bei denen man auch mit Vertretern der Region selbst ins Gespräch komme. Dies sei allerdings schwierig, weil das öffentliche Interesse begrenzt sei. Zu einer stärkeren Einbindung in die Region gehöre auch das Bemühen um eine Kooperation mit der FUEN, die sich in der Nähe des ECMI befinde.

Problematisch sei, dass das ECMI bei seiner Gründung einen Finanzierer mehr hätte haben sollen. Diese Finanzierung sei jedoch nicht zustande gekommen, so dass man nun versuche, die Mittel anderweitig einzuwerben. Diese Strategie habe jedoch Grenzen. Ein weiteres Problem sei das fehlende öffentliche Profil des Zentrums. Ebenfalls müsse darauf geachtet werden, die Unabhängigkeit von politischem Einfluss zu bewahren, da dies ein wichtiger Teil der Glaubwürdigkeit des ECMI sei. Zur Unabhängigkeit des ECMI führt Dr. Weller weiter aus, man stehe unter Druck der Regierung, sich mehr um deutsche Minderheiten im Ausland zu kümmern und weniger um Konflikttransformationen. Dies gelte auch für den Umgang mit Minderheiten in Europa.

Auf eine Frage des Abg. Fischer bezüglich der veränderten Fördersituation führt Herr Dr. Weller aus, man habe bei der Gründung geglaubt, Unterstützung von der Europäischen Union zu bekommen. Diese Erwartung habe sich allerdings nicht erfüllt. Aufgrund des Bedeutungszuwachses von Minderheitenfragen habe es nun die Gründung neuer Institute gegeben, die die Beobachtung von Minderheiten übernahmen. Erfahrungsgemäß könne man grundsätzlich politisch nur etwas erreichen, wenn Regierungen die Fragen aufnahmen. Schleswig-Holstein habe das ECMI sehr unterstützt.

Auf eine weitere Frage des Abg. Fischer erläutert Herr Dr. Weller, der Evaluationsbericht sei öffentlich, er stünde jedoch momentan nur auf Englisch zur Verfügung. Er bietet an, dem Ausschuss eine Zusammenfassung auf Deutsch zuzuleiten.

Des Weiteren erläutert Dr. Weller, im Aufsichtsrat des ECMI seien auch Vertreter des Europäischen Parlaments und des Europarates vertreten. Auf die Anregung von Abg. Spoorendonk, den elitären Charakter des ECMI durch eine veränderte Sprachpolitik und den Mehreinsatz von Deutsch zu verringern, legt Herr Dr. Weller dar, er habe Englisch als Arbeitssprache vorgeschlagen, um den internationalen Charakter des Instituts hervorzuheben. Man habe aber die Notwendigkeit erkannt, sich volksnäher darzustellen und bemühe sich derzeit darum. Darüber hinaus wolle man versuchen, mit Publikationen auf Deutsch und auf Dänisch sowie einem Tag der offenen Tür mehr Bürgernähe zu schaffen.

Zur Anmerkung der Abg. Franzen, den Standort selbst besser zu nutzen, legt Herr Dr. Weller dar, die Kompetenzanalyse habe das als eine Möglichkeit gesehen, sich vonseiten des ECMI stärker einzubringen; das wolle man versuchen. Es solle auch ein INTERREG-Projekt geben, an dem sich das ECMI beteiligen könne.

Abg. Spoorendonk betont, das es wichtig sei, dass die Arbeit, die im ECMI geleistet werde, auch transportiert werde. Es gebe auch andere Institutionen, die sich um Minderheiten kümmern, aber der Standort des ECMI sei ein besonderer.

Die Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz ergänzt, die Kommission habe in der Evaluierung eine Reihe von Empfehlungen gegeben. Zwei dieser Empfehlungen richteten sich an die Stifter. Die Stifter hätten sich am 1. April 2008 darauf verständigt, eine Erhöhung des Grundhaushaltes ab 2010 vorzunehmen. Von dänischer Seite habe man sich auch für eine frühere Erhöhung offen gezeigt, die deutsche Seite habe jedoch finanzielle Probleme geltend gemacht. Momentan sehe der Finanzierungsschlüssel vor, dass Dänemark sich mit 50 Prozent, das Bundesinnenministerium mit 23 Prozent, und Schleswig-Holstein mit 26 Prozent beteilige.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Kompetenzanalyse – die ersten Schritte**

- Initiativen des DialogForumNorden
- Präsentation der Kompetenzanalyse in Berlin
- Präsentation der Kompetenzanalyse in Sønderborg

Einleitend schlägt die Vorsitzende, Abg. Höfs, dem Ausschuss vor, das DialogForumNorden zu bitten, einen Aktionsplan zu entwickeln und Vorschläge zu machen, die auch einen Finanzrahmen umfassen sollten. Sie weist des Weiteren darauf hin, dass die Präsentation der Kompetenzanalyse in Berlin für den 16. Juni 2008 im Bundestag vorgesehen sei.

Zu den Planungen des DialogForumNorden führt LD Dr. Schöning aus, das Gremium habe sich im Anschluss an die Vorstellung der Kompetenzanalyse getroffen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur schrittweisen Umsetzung der Ergebnisse der Kompetenzanalyse beauftragt worden sei. Dies sei auch im Sinne des Auftraggebers der Studie, des Schleswig-Holsteinischen Landtags, der die Minderheiten bei der Implementierung der Vorschläge heranziehen wolle.

Zur Arbeit der Arbeitsgruppe führt LD Dr. Schöning aus, diese gehe von einem dreiteiligen Vorgehen aus. Der erste Schritt sei die Erstellung der Studie durch die Europäische Akademie in Bozen gewesen. In einem zweiten Schritt sollten die Erkenntnisse der Studie gezielt verbreitet werden. Dazu gehörten die Veranstaltungen in Sønderborg und Berlin, aber auch der Versand der Studie an zahlreiche Empfänger.

In einem dritten Schritt gehe es darum, die Vorschläge der Kompetenzanalyse umzusetzen. Dabei müsse eine Auswahl getroffen werden, da nicht alle 40 Empfehlungen gleichzeitig umgesetzt werden könnten. Der Aktionsplan solle dabei helfen, einzelne Projekte zu erarbeiten und Prioritäten festzulegen. Für die dritte Stufe müsse ein größerer Zeitrahmen veranschlagt werden, vor allem für die Einrichtung des in der Studie empfohlenen Clusters.

Abg. Franzen merkt kritisch an, dass für eine Umsetzung wenig Zeit bleibe, wenn auch Haushaltsmittel dafür eingestellt werden sollten. Es wäre blamabel, wenn aus den 40 Empfehlungen der Kompetenzanalyse keine Folgerungen für den Landtag gezogen werden könnten.

LD Dr. Schöning betont, dass es Rückkopplungsbedarf bei den beteiligten Akteuren gebe. Er stimme mir ihr darin überein, dass eine zeitnahe Vorlage von Haushaltsansätzen wichtig sei.

Abg. Spoorendonk betont ebenfalls, dass es eine Initiative für einen Haushaltsansatz geben müsse, möglicherweise für eine Art Clustermanagement. Die Analyse dürfe nicht in der Schublade verschwinden.

Abg. Ritzek betont, die Initiative des Landtags habe bereits darin bestanden, die Erstellung der Studie in Auftrag zu geben. Dieser Initiative sei zunächst mit der Vorlage der Studie abgeschlossen. Nun seien die Organisationen und Institutionen der Minderheiten angesprochen. Von ihnen müsse nun eine Initiative zur Umsetzung ausgehen.

Abg. Fischer betont, er habe kein Verständnis dafür, wenn die vom Landtag in Auftrag gegebene Studie jetzt nicht angemessen berücksichtigt werde. Der Landtag sei der erste Ansprechpartner für die Dynamik eines Umsetzungsprozesses, natürlich unter Beteiligung der Minderheiten. Die Umsetzung der Ergebnisse der Studie sei bisher auch immer Konsens gewesen. Er regt an, das Thema in einer der nächsten Sitzungen des Europaausschusses erneut aufzurufen. Wichtig sei, dass im Vorfeld der Haushaltsberatung ein Konzept vorliege.

Abg. Spoorendonk unterstützt die Aussage von Abg. Fischer und betont, dass die FUEN das Parlament und den Ausschuss in Fragen der Umsetzung berate.

Abg. Sönnichsen betont, dass einige in der Kompetenzanalyse vorgeschlagenen Punkte durch INTERREG-Projekte und somit durch das Land kofinanziert würden. LD Dr. Schöning regt an, das DialogForumNorden durch einen Beschluss des Europaausschusses aufzufordern, einen Aktionsplan zu entwerfen, der auch den Aspekt der Zeit berücksichtigt, um rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen Vorschläge zu haben.

Abg. Fischer betont, die weitere Diskussion bedürfe eines Antrags und einer Richtung, was gewünscht sei.

Abg. Spoorendonk gibt zu bedenken, dass die Kompetenzanalyse und deren Umsetzung kein erweitertes INTERREG-Projekt oder ein reines Grenzlandprojekt sei. Vielmehr handele es sich um ein Minderheitenprojekt.

Abg. Ritzek betont, die Kompetenzanalyse werde nicht in der Schublade verschwinden. Man werde die Studie weiter begleiten. Sie sei der erste, entscheidende Schritt des Parlaments.

Die Vorsitzende regt an, sich weiter über die Kompetenzanalyse zu unterhalten, zum Beispiel in der Sitzung am 9. Juli 2008. Zu jedem Fall müsse den Minderheiten Gelegenheit gegeben werden, auf die Ergebnisse der Kompetenzanalyse zu reagieren. Sie plädiert dafür, das DialogForumNorden aufzufordern, einen Aktionsplan zeitnah vorzulegen.

Die Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz unterstreicht, dass die Kompetenzanalyse sehr viele Fakten enthalte, mit denen man sich zunächst auseinandersetzen müsse. Eine Umsetzung von heute auf morgen verbiete sich. In einem Treffen Anfang Juni 2008 wolle das DialogForumNorden konkrete Aufgaben definieren, Akteure benennen und auch die Finanzen besprechen. INTERREG sei in diesem Zusammenhang nur eine von mehreren Möglichkeiten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das DialogForumNorden zu bitten, bis zum 9. Juli 2008 einen Zeitplan vorzulegen, der als Diskussionsgrundlage dienen könne.

Zu dem Programmentwurf für die Vorstellung der Studie in Berlin führt LD Dr. Schöning aus, dieser sei mit den Beteiligten abgesprochen und könne so durchgeführt werden.

Auf Anmerkungen der Abg. Spoorendonk und Abg. Fischer hinsichtlich der Programmgestaltung führt LD Dr. Schöning aus, es handele sich dabei bisher nur um einen Entwurf, der erweiterbar sei. Er halte es für sinnvoll, wenn auch der Europaausschuss bei der Diskussion vertreten sei. Der Schleswig-Holsteinische Landtag selbst sei durch den Landtagspräsidenten vertreten. - Abg. Fischer schlägt vor, einen der jungen Unternehmer aus der Grenzregion auf dem Podium ebenfalls zu Wort kommen zu lassen. Dieser sei ein überzeugender Repräsentant der Grenzregion. Abg. Höfs wird den Europaausschuss in Berlin vertreten.

Stephan Kleinschmidt, der Vorsitzende des Kulturausschusses der Gemeinde Sønderborg, berichtet über den Stand der Planungen für das Seminar der Jugend Europäischer Volksgruppen vom 6. bis zum 12. Mai 2008 im Schloss Sønderborg. Die Präsentation der Kompetenzanalyse werde im Rahmen des Seminars eine wichtige Rolle spielen. Herr Kleinschmidt zeigt sich erfreut darüber, dass es gelinge, die Ergebnisse der Kompetenzanalyse zunächst in der Region, in Sønderborg, darzustellen und erst danach in Kopenhagen und Berlin zu präsentieren. Die regionale Anbindung sei eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2007**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1400

(überwiesen am 6. Juni 2007 an den **Europausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Franzen betont, dass die Überprüfung des Europarats einige offene Punkte ergeben habe. Sie plädiert dafür, die Landesregierung aufzufordern, einen Bericht zu den offenen Punkten zu geben.

Abg. Fischer bittet um eine kurze schriftliche Zusammenfassung darüber, wie im Nachbarland Dänemark mit dem Instrument des Sprachenchartaberichts umgegangen werde.

Die Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz betont, dass es sich bei der Umsetzung des Sprachenchartaberichts um einen Prozess handle. Konkrete Erfolge seien bei dem Erlass für mehrsprachige Verkehrsschilder zu verzeichnen, der kurz nach der Plenardebatte erfolgt sei. Zum Friesischerlass gebe es einen festen Zeitplan, man rechne mit der Veröffentlichung und dem Inkrafttreten im August 2008. Darüber hinaus warte man auf die Ergebnisse des dritten Staatenberichts des Sachverständigenausschusses des Europarats. Daraus könnten sich möglicherweise neue Arbeitsaufträge ergeben.

Der Ausschuss nimmt den Sprachenchartabericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 16. Legislaturperiode  
(2005 - 2010) - Minderheitenbericht 2007**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1730

(überwiesen am 13. Dezember 2007 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Fischer legt dar, die Darstellung der Arbeit der Grenzlandverbände nehme seiner Ansicht nach im Minderheitenbericht zu wenig Platz ein. Er plädiert dafür, durch eine breitere Darstellung die Arbeit der Grenzverbände deutlicher herauszustellen. Darüber hinaus merkt er an, dass auf dem Titelbild nur die friesische und die dänische Minderheit zu sehen seien, nicht aber Sinti und Roma sowie die deutsche Minderheit in Dänemark. Dies könne gegebenenfalls bei der Erstellung des nächsten Berichts berücksichtigt werden.

Die Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz führt zu der Arbeit des Grenzfriedensbundes und des ADS aus, dieser habe eine Ergänzung zu dem Minderheitenbericht gemacht (Umdruck 16/3010).

Abg. Spoorendonk weist auf das ungelöste Problem der Schülerbeförderungskosten hin. Sie erwarte, dass das, was bei der Verabschiedung des Schulgesetzes gesagt wurde, auch in die Haushaltsberatungen mit einfließe. Sie habe dies als Zusage aufgefasst.

Zum Rundfunkempfang des deutschen beziehungsweise dänischen Rundfunks im deutsch-dänischen Grenzland führt die Minderheitenbeauftragte aus, der Zugang zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk solle für beide Seiten erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang werde erörtert, ob eine gemeinsame Medienkommission eingesetzt werden könne. Einzelheiten sollten in einem Gespräch zwischen Ministerpräsident Carstensen und dem dänischen Regierungschef Rasmussen besprochen werden. Sie bietet an, über die weiteren Entwicklungen zu berichten.

Der Ausschuss nimmt den Minderheitenbericht 2007, Drucksache 16/1730, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Parlamentsforum Südliche Ostsee - Stand der Vorbereitungen**

Berichterstatter: Bodo Bahr, stellv. Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Der stellvertretende Direktor des Landestags Mecklenburg-Vorpommern Bodo Bahr führt aus, es sei ein guter Zeitpunkt, über den Stand der Vorbereitungen zum Parlamentsforum Südliche Ostsee zu berichten. Im Rahmen des vergangenen Parlamentsforums Südliche Ostsee sei beschlossen worden, eine Arbeitsgruppe „Energie“ einzusetzen. Die Arbeitsgruppe habe zwei umfangreiche Sachverständigenanhörungen durchgeführt, die auch von Teilnehmern aus Schleswig-Holstein mit vorbereitet und durchgeführt worden seien. Die Experten hätten dabei zu allgemeinen und übergreifenden sowie zu spezifischen Themen Auskunft gegeben. Die Anhörungsergebnisse böten nach Ansicht der Beteiligten eine solide Grundlage, um fundierte Handlungsempfehlungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu verabreden.

In der Vorbereitungssitzung in Stettin, an der Teilnehmer aus Schleswig-Holstein nicht hätten teilnehmen können, sei die Einrichtung eines gemeinsamen Forschungszentrums ein vordringliches Anliegen gewesen. Weitere zentrale Forderungen der Sachverständigen seien die Einführung und Ausweitung bestehender Förderinstrumente, Einführung und Novellierung von Einspeisungsgesetzen und eine stärkere personelle Unterstützung wissenschaftlicher Einrichtungen gewesen. Wichtig sei auch die Bewusstseinsbildung für die effiziente Nutzung von Energie. Biomasse sei von den Experten unter bestimmten Voraussetzungen als geeignet angesehen worden, die Grundlast zu tragen. Dabei könnten landwirtschaftliche Brachflächen genutzt werden. Die Wasserstofftechnologie solle jedoch im Mobilitätsbereich aufgrund ihres höheren Wirkungsgrades der Nutzung biogener Treibstoffe vorgezogen werden.

In einer weiteren vorbereitenden Sitzung seien die Vorschläge der Experten gesichtet und sortiert worden. Das Thema Energieeffizienz solle auch über Lehrerfortbildung an die Schulen gebracht und damit das öffentliche Bewusstsein gestärkt werden.

Es sei bei dieser Sitzung auch über das Jugendprojekt berichtet worden, das im Zuge der Arbeit entstanden sei und das in den nächsten anderthalb Jahren begleitend zum Parlamentsforum Südliche Ostsee stattfinden solle. Ziel dieses Projekts sei es, das Wissen der Jugendlichen im Hinblick auf gesellschaftspolitische Fragen zu vertiefen. Das Projekt werde zu über der Hälfte mit 32.000 Euro von der EU mitfinanziert. Zu jeder Sitzung gebe es ein Protokoll so-

wie eine Zusammenfassung der Power-Point-Präsentationen, die auf einer CD zur Verfügung stünden. Ein erster, vorläufiger Resolutionsentwurf werde zurzeit von Parlamentariern und Mitarbeitern aus der Verwaltung erarbeitet. Zur Intensität der Vorbereitungen des Parlamentsforums Südliche Ostsee führt er aus, dass sich eine gründliche Vorbereitung auszahle, wie sich auch am Parlamentsforum Südliche Ostsee gezeigt habe, das in Kiel abgehalten worden sei.

Der vorliegende Resolutionsentwurf enthalte die drei Themen Energiepolitik, maritime Politik und Forschung. Im Zusammenhang mit der Energiepolitik sei auch das Feld der erneuerbaren Energien ein Schwerpunkt. Dieser Resolutionsentwurf solle bei der nächsten Vorbereitungs-sitzung in Kiel möglichst weit vorbereitet werden, um kurzfristige weitgehende Änderungen möglichst zu vermeiden. Ziel sei auch, durch ein gemeinsames Zentrum die Bündelung von Aktivitäten in der Region zu erreichen, um mehr Synergieeffekte zu nutzen. Wichtig insgesamt sei, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern auch deren Umsetzung zu überprüfen. Dies sei auch nötig, um die Ostseeregion zur maritimen Modellregion bis 2015 zu entwickeln.

Der Ausschuss diskutiert Anmerkungen zum Resolutionsentwurf. Er kommt überein, innerhalb der Fraktionen das Benehmen über den Resolutionsentwurf herzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Terminplanung für das zweite Halbjahr 2008**

Umdruck 16/2917

Der Ausschuss beschließt die Termine für das zweite Halbjahr 2008, Umdruck 16/2917.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Fischer schlägt vor, sich in einer der kommenden Sitzung über die geplante Bund-Länder-Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten informieren zu lassen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Astrid Höfs  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin